

inter helpo

Den Chefs keinen Cent geschenkt

Interview mit Mitgliedern des Bildungssyndikats Leipzig über Selbstorganisierte Seminare, Hochschulpolitik und gewerkschaftliches Engagement



Selbst organisierte Seminare, auch Studien-
gruppen genannt, stellen eine alternative Form
der u.a. Wissensvermittlung dar. In ver-
schiedenen, deutschen Städten werden sie
bereits praktiziert. U.a. in Leipzig, wo die
Studierendenproteste zur Zeit vielleicht am
ausgeprägtesten sind. Zwei AktivistInnen
des Bildungssyndikats Leipzig, einem Branchen-
syndikat der FAU, berichten u.a. über
Erfahrungen mit Selbst Organisierten Seminaren
in der Sachsen Metropole.

Was ist das Bildungssyndikat Leipzig?

Das Bildungssyndikat Leipzig
besteht derzeit aus Acht Mitgliedern
und weiteren SympathisantInnen,

davon der Großteil Studierende, ein
Abendschüler und ein Doktorand.
Zeitweise nahm auch ein Dozent
und ein Hilfswissenschaftler an
unseren Treffen teil. Die meisten

Studierenden jobben neben ihrem
Studium.

Wir haben uns 2002 an der
Universität Leipzig gegründet
und dort in den letzten Jahren an
Aktionen, Besetzungen und am
Streik gegen Studiengebühren und
Bildungsabbau teilgenommen. Aus
den Erfahrungen des Januarstreiks
haben wir im April 2004 zusammen
mit dem Feierabend! (libertäre 1
1/2 Monatszeitung aus Leipzig,
Anmerk. d. Red.) die Broschüre
"Wi(e)derdenken" herausgegeben.
Parallel beschäftigten wir uns
mit Arbeitsrecht für studentische
JobberInnen: die Studierenden
als Billiglohnkräfte sind dadurch
ein Hauptbeschäftigungsfeld
geworden. Dies geht uns auch
ganz persönlich an: Wenn wir
Probleme im Job haben, wollen
wir nicht alleine dastehen! So ist
es der FAU Leipzig, in der wir uns
zusammen mit den Kollegen vom
Erwerbslosensyndikat organisieren,
gelungen für eine Aushilfe in der
Gastronomie beim Arbeitgeber
140 Euro einzutreiben. "Den Chefs

keinen Cent geschenkt!" ist unser
Motto.

Wir haben die Zeitung "Freigang"
publiziert und den Erwerbslosen bei
der Agenturschluss-Vorbereitung
geholfen (Die Aktion "Agentur-
schluss" war ein Boykottversuch
der Arbeitsagenturen am 3.
Januar diesen Jahres, Anmerk. d.
Red.). Dabei waren Studierende
kaum mobilisierbar, was auch an
der Ferienzeit liegen mag.
Im Wintersemester fanden ver-
schiedene Informationsstände, eine
Rede auf der Vollversammlung
und die Beteiligung an der
Studidemo gegen Studiengebühren
statt. Geplant ist die Initiierung
eines Schülerforums an der
Abendschule. Wir beteiligen
uns auch kontinuierlich an den
Selbstorganisierten Seminaren
(SoS).

Fortsetzung S. 02

Interhelpo – das klingt gewöhnungsbedürftig. Kann man das essen? Nein, das ist Esperanto und bedeutet „gegenseitige Hilfe“. Warum Esperanto? Esperanto ist eine internationale Sprache der ArbeiterInnenbewegung, die sich Anfang des Jahrhunderts entwickelte. Es soll sprachliche Verständigung ermöglichen, die nationale Grenzen überwindet – genau wie eine solche Bewegung diese Grenzen sprengen muß. Warum „gegenseitige Hilfe“? Gegenseitige Hilfe ist ein solidarischer Grundsatz, den wir als FAU verfolgen. Erstmals formuliert wurde er von Peter Kropotkin in seinem Buch „Gegenseitige Hilfe in der Tier- und Menschenwelt“, und stellt einen unverzichtbaren Teil anarchistischer Theorie und Praxis dar.

Warum will das Bildungssyndikat Leipzig keine AStA-Strukturen?

Zuallererst gibt es in der studentischen Selbstverwaltung Unterschiede zwischen dem Modell des Allgemeinen Studierenden Ausschusses im Westen und dem StudentInnenrats-Modell im Osten. Ersteres ist im Grunde "Bundestag"-Spielen studentischer Jungpolitiker und wird von nicht Wenigen als parteipolitisches Karrierebrett genutzt. Letzteres sollte ursprünglich zumindest in Leipzig den Weg in einen richtigen Sozialismus weisen. Deshalb wurde ein Rätemodell gewählt. Dieses Rätemodell wurde durch die sächsische Landesregierung Schritt für Schritt beschnitten und auch gegen den Widerstand der Studierenden unter Kontrolle gebracht. Z.B. die Einführung von Fachschaftsratswahlen statt einer Vollversammlungskultur. Das StuRa-Plenum ist im Grunde über die Fachschaftsrate eine direktere Vertretung der Studierenden als der AStA es darstellt, wobei deshalb ein Großteil unpolitischer FSR's nicht verwundern sollte, die sich hauptsächlich um Partyorganisation kümmern und denen gesellschaftskritisches Handeln oft vollkommen abgeht. Das Verbot politischer Betätigung wurde nicht wenigen FSR's zusammen mit dem staatlich legitimierten Stellvertretertum zum pseudodemokratischen Selbstverständnis. Selbst politisch bewusster StuRa-SprecherInnen bewegen sich in normierten Bahnen medialer Inszenierung studentischer Massen, der Orientierung an hierarchischen Partei- und Gewerkschaftsorganisationen und dem Stellvertreteranspruch.

Die Emanzipation der Studierenden Menschen, selbst für ihre eigenen Interessen aktiv zu werden, und die Dirigierung des Protests durch den StudentInnenRat schließen sich gegenseitig aus. Die Leute die sich nach dem Streik in den StudentInnenRat hineinbegeben haben, werden die gleichen Illusionen erleben wie ihre Vorgänger. Sie füllen letztendlich eine Funktion aus, die das Vertreten, das Bevormunden und das Dirigieren mit einschließt. Dabei mag guter Wille dabei sein, er reicht jedoch in einer solch starren gesetzlich und ideologisch normierten Struktur, wie die studentische Selbstverwaltung (ob

nun AStA oder StuRa) sie derzeit darstellt, nicht aus.

Was versteht ihr unter einem Selbstorganisierten Seminar (SoS)?

Dass es einen oder mehrere InitiatorInnen gibt, die sich für ein Thema, eine Sprache oder Ähnliches interessieren bzw. ihr Wissen weitergeben wollen. Das Seminar wird dann mit einer Kurzbeschreibung des Inhalts und einem Termin für's erste Treffen auf der Internetseite oder im SoS-Heft angegeben. Teilnehmen kann dann Jede und Jeder. Selbstorganisiert heißt, dass die TeilnehmerInnen sich gemeinsam und hierarchiefrei über die jeweiligen Themen austauschen, lesen, lernen und diskutieren. Das „Wie“ und manchmal auch das „Was genau“ steht am Anfang offen und wird ebenfalls gemeinsam erschlossen. Es steht jedem frei, seine Meinung, Ideen und Initiativen einzubringen. Im Hinblick auf die SoS fällt oft auch der Begriff „Gegen-Uni“: gegen den an Schulen, Unis und anderen Institutionen gebräuchlichen konsumorientierten und unkritischen Frontalunterricht, gegen die Hierarchie der Lehrenden gegen die Lernenden, gegen Leistungsdruck und die Anhäufung von Wissen als Eigentum. Deshalb wurden, zumindest in Leipzig, keine Ausgabe von Scheinen für die Teilnahme an SoS in Erwägung gezogen und auch sonst nicht mit den Strukturen der Schulen oder Unis zusammengearbeitet.

Sind die SoS Initiativen des Bsy oder eigenständig?

Die SoS haben eine eigene Organstruktur, sind prinzipiell autonom und Ergebnisse ihrer InitiatorInnen und TeilnehmerInnen. Das BSY und die SoS stehen aber in inhaltlichen und personellen Austausch bzw. gibt es Überschneidungen und natürlich auch Leute aus dem Bsy, die ein Seminar organisieren bzw. daran teilnehmen. Zudem hat sich gezeigt, dass in Zeiten der Flaute bei den SoS das Bildungssyndikat die Initiative ergriffen hat und das Projekt wieder ins Rollen brachte, was auch daran lag, dass es den SoS an der Koordination zwischen den einzelnen Seminaren mangelte.

Welche aktuellen Veranstaltungen gibt es?

Es gibt ein Spanisch und ein Italienisch Seminar, die Kommunikationsguerilla, ein Seminar über das Konzept der Harmonie in den Wissenschaften, ein Seminar zu alternativer Pädagogik, Kreatives Schreiben, Homöopathie, die Themenvielfalt baut sich erst im Laufe des Semesters auf.

Welche Erfahrungen gab es?

Es gibt die SoS seit Sommersemester 2002. Sie sind Ergebnisse studentischer Proteste gegen Kürzungen und Hochschulumbau. Einige Seminare halten sich über die Semesterferien hinweg, andere sind nach einem halben Jahr beendet und wieder andere nach ein paar Wochen. Durch mangelnde Nachbereitung und Reflektion kam es öfter zu einem unbefriedigenden Abbruch oder einer Verfransung in Diskussionen, die sich auf ein paar Leute beliefen und andere ausschlossen. Doch einige Seminare laufen immer noch gut und sind schon klarer strukturiert, wie zum Beispiel die Kommunikationsguerilla oder der Spanisch-Kurs.

Was könnt ihr Initiatoren von SoS empfehlen?

Empfehlen können wir, aus den Fehlern und Problemen der bisherigen Seminare zu lernen und

anfangs mit allen TeilnehmerInnen zu versuchen eine gemeinsame Struktur aufzubauen, auf Diskussionen zu achten, die sich splitten und vielleicht am Ende jedes Treffens zu reflektieren, was gut und was nicht so gut gelaufen ist, wie es beim nächsten Treffen weitergeht usw. . Nützlich ist es sicher auch, zu Beginn von jeder neuen Seminarrunde für alle Beteiligten zu klären, was Selbstorganisation eigentlich heißt, sozusagen ein kleines selbstorganisiertes Seminar über selbstorganisierte Seminare zu veranstalten.

Was verbindet Bildungssyndikate und Selbstorganisierte Seminare?

Die gegenseitige Hilfe im Alltag und kontinuierliche Organisation im Bildungs- syndikat und das Ausprobieren selbstorganisierter Bildung in den SoS sind unserer Ansicht nach zwei Seiten der gleichen Medaille und ein offener Austausch kann für beide Seiten nur nützlich sein. Vor allem die Methodenvielfalt der Seminare kann fruchtbar sein für die Bildungssyndikate, während andersherum das Bildungssyndikat der Anker sein kann, der das Projekt der Selbstorganisierten Seminare vor der Selbstauflösung bewahrt.

Thomas und Mandy
vom Bildungssyndikat Leipzig

Mehr auf:

www.fau.org/syndikate/bsy2

Wi(e)derdenken, April 2004 (zum Download)

www.ag-seminare.bildungskritik.de

Seite der SoS

Anzeige



Studiengruppen Münster

Studiengruppen gab es in Münster seit Anfang der 90er Jahre, die Idee wurde aus Bielefeld übernommen. Woanders heißen ähnliche Konzepte „autonome Seminare“ (Leipzig), „autonome Tutorien“ (Frankfurt a.M.) oder „Gegenuniversitäten“ (Berlin).

Etwa Mitte der 90er Jahre brach die Herausgabe eines „Studiengruppenverzeichnis“, das einmal pro Semester als alternatives Vorlesungsverzeichnis erschien, ab. Nach den Studierendenprotesten 1997 erlebte das Verzeichnis bis 2001 eine Renaissance.

So verschieden die Studiengruppen waren – Feminismus, Anarchismus, Marx, Postmoderne, Gentechnologie (wer das bis jetzt nicht verschieden fand, soll sich was eigenes ausdenken...) – gemeinsam war ihnen eine Idee des voneinander Lernens ohne eine Hierarchisierung von Lernenden und Lehrenden. Die Praxis war dabei sehr unterschiedlich.

Auch wenn es nicht der eigentliche Sinn von Studiengruppen ist, kann es durchaus als Erfolg gewertet werden, das Studiengruppen in verschiedenen Studienordnungen als scheinfähig anerkannt waren.

In Zeiten von Bachelor und Master stehen wir nun vor der Situation, das einerseits Studiengruppen nötiger wären denn je, denn von Hochschuleseite sind kritische Inhalte noch weniger zu erwarten als jemals zuvor.

Andererseits stellt sich durchaus die Frage, ob wir damit den Hochschulen damit nicht die Abschaffung jeglichen kritischen Denkens noch erleichtern.

Und: Wer schafft es zeitmäßig noch, sich unter dem erhöhten Leistungsdruck unter Bachelor und Master an nicht scheinfähigen Studiengruppen zu beteiligen?

Fragen, die wir uns stellen sollten.

Für eine Handvoll Euro...

„Arbeitsgelegenheiten“ an Hochschulen



„Eine angemessene Entschädigung für Mehraufwendungen.“

Hartz IV betrifft keineswegs nur Langzeitarbeitslose und bisherige Sozialhilfeempfänger. Nein, die Reformen im Rahmen der Agenda 2010 werden auch die Hochschul-landschaft nachhaltig verändern.

Das kann für Studierende etwa durchaus den notgedrungenen Abbruch des Studiums bedeuten – etwa für Alleinerziehende, Schwangere oder Studierende mit Behinderung.

Wer etwa neben seiner Ausbildung noch Kinder groß zieht oder während des Studiums schwanger wird, hat in Zukunft kaum noch Aussicht auf Unterstützung. Ähnlich schlechte Karten haben Studierende mit Behinderungen oder chronischer Krankheit.

Die Bundesagentur für Arbeit erklärte deutlich die Absicht, Mehrbedarfsleistungen für alleinerziehende, schwangere und behinderte Studierende zu streichen. Gemäss des seit 1. Januar geltenden zweiten Buches des Sozialgesetzbuches (SGB II), haben Auszubildende, die BAföG erhalten, keinen Anspruch mehr auf zusätzliche „Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts“. Bis Ende 2004

waren laut Bundessozialhilfegesetz (BSHG) Auszubildende und Studierende noch anspruchsberechtigt, sofern die BAföG-Zuwendungen aufgrund von Notsituationen zum Leben nicht ausgereicht haben und der Mehrbedarf nicht „unmittelbar mit der Ausbildung zusammenhängt“. Entsprechende Zuschüsse, etwa für Unterkunft, Heizung und Bekleidung, für Krankenkasse und Pflegeversicherung, sollen laut Durchführungsverordnungen zu „Hartz IV“ nun komplett gestrichen, massiv gekürzt oder lediglich als Darlehen bewilligt werden.

Bisher konnten sich Studierende während des Studiums beurlauben lassen, wenn sie schwanger waren oder Kinder erzogen. Sie erhielten dann statt BAföG ersatzweise Sozialhilfe. Doch damit ist jetzt Schluss. Eine weitere Änderung betrifft die Anrechnung des Kindergelds. Dieses gilt laut SGB II neuerdings als Einkommen des Kindes. Das führt dazu, dass in einer Vielzahl finanzschwacher Haushalte Studierende das Kindergeld nicht mehr zur Deckung des Existenzminimums der kindergeldberechtigten Eltern einsetzen können. Es ist nur noch

dem Kind anzurechnen und senkt folglich dessen Sozialleistungsanspruch um den entsprechenden Zahlungsbetrag.

Die Agentur begründet dieses Vorgehen mit dem Argument, keine „versteckte Ausbildungsförderung“ betreiben zu wollen. Man könne den Eindruck gewinnen, kommentierte Thome von Tacheles e.V., dass „Hartz IV“ auch bezwecken solle, dass Studierende ihr Studium abbrechen, um sich in Ein-Euro-Jobs vermitteln zu lassen.

A propos Ein-Euro-Jobs: Diese sollen laut Bundesregierung in „gemeinnützigen Tätigkeiten im Bereich der Landschafts- und Denkmalpflege, im Umweltschutz, in Altenheimen und in der Jugendarbeit“ entstehen. Aber schon jetzt ist klar: Auch an Hochschulen werden solche „Arbeitsgelegenheiten“ getestet, teilweise schon vor dem 1. Januar 2005.

Schätzungen des fzs (Freier Zusammenschluß der Studierendenenschaften) zufolge waren es bundesweit schon im letzten Jahr bis zu 300 Stellen, die in diesem Bereich angeboten wurden, insbesondere in Ostdeutschland und in Hessen, explizit genannt wurden die Universitäten Marburg und Jena. Das Marburger Studierendenparlament hat daraufhin eine Resolution beschlossen, die sich gegen die Einrichtung der Ein-Euro-Jobs an der Universität richten. Bei den angebotenen „Arbeitsgelegenheiten“ handelt es sich dabei durchaus um hochqualifizierte Tätigkeiten, wie etwa „die Vorbereitung von Vorlesungen neben selbständigen Labortätigkeiten, Konferenzorganisation oder auch Software-Fortbildung für Hochschulangehörige.“, so fzs-Vorstandsmitglied Nele Hirsch im Interview mit der Tageszeitung „junge welt“. Besonders in Bereichen wie Bibliotheken, Archiven oder in universitären Betrieben und Anlagen wie Kliniken und Botanischen Gärten könnte die Einführung von 1-Euro-Jobs drohen und reguläre Beschäftigungsverhältnisse verdrängen.

Fortsetzung S. 04

Da viele - gerade große - Kommunen sich nicht in der Lage sehen, Arbeitsgelegenheiten im geplanten Maße anzubieten, werden alle möglichen Institutionen und Organisationsangelegenheiten angefragt - in Münster bieten z.B. bereits die Obdachlosenzeitung „draußen!“, die Arbeitslosenzeitung „Sperrre“ und der „Friedensladen“ Ein-Euro-Jobs an. Auch das „Institut für Theologie und Politik“ wurde angefragt, lehnte aber ab. In anderen Städten wurden auch schon Studierendenvertretungen gefragt, ob bei ihnen solche Jobs eingerichtet bzw. angeboten werden können. Auch bei den Studierendenwerken ist die Einrichtung solcher Jobs in der Debatte.

Der fzs rief daher alle Studierendenvertretungen dazu auf, die Einrichtung von so genannten Arbeitsgelegenheiten in Hochschulen, Studierendenwerken und Studierendenschaften zu verhindern.

„Die so genannten Ein-Euro-Jobs ersetzen auch an den Hochschulen reguläre Arbeitsverhältnisse“, kritisiert fzs-Vorstandsmitglied Nele Hirsch in einer entsprechenden Pressemitteilung. Bereits jetzt sind viele Arbeitsgelegenheiten eingerichtet, die Arbeitsplätze in Archiven, Bibliotheken oder der Zentralverwaltung reduzieren. Von der Einrichtung der Ein-Euro-Jobs sind auch studentische Beschäftigte an den Hochschulen betroffen. Ihre Aufgabenbereiche wie Rechercharbeiten, Bibliotheksdienst, Veranstaltungsvorbereitungen oder Korrekturdienste werden nun mehr und mehr von unfreiwilligen Ein-Euro-Jobbern übernommen werden.

Nach Angaben des Rektorats bietet die Uni Münster z. Zt. neun Ein-Euro-Jobs an, „überwiegend im Bibliotheksbereich“, wie es heißt. Die Kanzlerin der Uni beurteilt diese Maßnahmen uneingeschränkt positiv. Und zwar, wie es in einem Brief an den Münsteraner „Semesterspiegel“ (Zeitung der Universität Münster, Anmerk. der Red.) heißt, weil sich dadurch die „eingesetzten Personen“ wieder an Arbeitsprozesse gewöhnen würden.

D.h. ziemlich eindeutig: Das Rektorat der Universität ist der Meinung, Arbeitslose seien von der Arbeit entwöhnt und müssten tatsächlich, wie es Hartz IV ja auch vorsieht, „gefordert“ werden.

Die Arbeitsagenturen erhoffen sich von den Ein-Euro-Jobs u.a., dass die eingesetzten Personen übernommen werden könnten. Es bleibt fraglich, ob die Universität tatsächlich auch nur eine einzige der eingesetzten Erwerbslosen zu einem Tariflohn übernehmen würde: Wohl eher nicht, denn im Gegensatz zu Ein-Euro-Angeboten, für die die Uni ja auch noch einen Zuschuß bekommt, wäre das wohl zu teuer.

Das Rektorat betont in seinem Schreiben, dass es die 1,50 Euro, die in Münster bezahlt werden, für eine „angemessene Entschädigung für Mehraufwendungen“ hält, also nicht mal als eine geringe Aufmerksamkeit für die geleistete Arbeit! Da scheint es fast so, als wenn die Universität Münster am liebsten unbezahlte ZwangsarbeiterInnen hätte (unbezahlte Arbeit nimmt die Uni ja ganz gerne: Fragt mal eure jüngeren DozentInnen, ob ihr Lehrauftrag denn überhaupt bezahlt wird...), um diese wieder „an Arbeitsprozesse zu gewöhnen“.

Wenn die Uni Münster es mit dieser Argumentation ernstmeint, so heißt das juristisch folgendes: Es können nur Erwerbslose eingesetzt werden, die sich tatsächlich an Arbeit gewöhnen müssen. D.h., die Uni muß akzeptieren, wenn die eingesetzten Personen nach einer halben Stunde nach Hause gehen - weil sie eben soviel Arbeit nicht gewöhnt sind.

Sobald die eingesetzten Personen regelmäßig zur Arbeit erscheinen, sind sie die Arbeit gewöhnt und das Argument für den Ein-Euro-Job entfällt. Zu diesem Zeitpunkt können die eingesetzten Personen die „Arbeitsgelegenheit“ beenden oder aber einklagen, daß sie fest eingestellt werden.

Da wünschen wir uns fast, dass die Kanzlerin der Universität Münster für ihre Tätigkeit auch mal 345 Euro Grundbedarf und 1,50 Euro die Stunde bekäme, dann könnte sie sich schon mal an die Normalisierung der Armut gewöhnen. So eine Praxiserfahrung würde den Münsteraner WissenschaftlerInnen mal ganz gut bekommen, oder?

Wem gehört die Universität?

Architektonischer Neoliberalismus

Die Formulierung „Privatisierung der Hochschulen“ ist in aller Ohr. Private Hochschulen seien besser, quasi „elitär“, um überhaupt noch zu überleben, seien Drittmittel notwendig; usw.

Kaum thematisiert wurde in dieser Debatte bisher, daß ein solcher Trend im Alltag für alle Studierenden bemerkbar ist: Denn: Es geht nicht nur um die Lehre, es geht - unter vielem anderen - auch um die Räume, in denen wir studieren. In Nordrhein-Westfalen hat diese Tendenz einen juristischen Hintergrund: 2003 wurden die Hochschulen quasi „enteignet“, ihre Räumlichkeiten gehören nunmehr offiziell dem Land NRW, die Hochschulen mieten ihre Gebäude - u.a. von dem Geld, das das Land zur Verfügung stellt - an. Die Landesregierung hat dazu eigens eine neue Instanz geschaffen, den „Bau- und Liegenschaftsbetrieb“ (BLB), der die Gebäude weitervermietet. Hintergrund dieser gesetzlichen Änderung war die vermeintliche Eröffnung der Möglichkeit, von anderen, privaten Anbietern billigere Räumlichkeiten anzumieten oder zu pachten. Oder kurz und einfach: Die Hochschulen sollen marktwirtschaftliches Denken lernen. Das heißt auch: Die ausgegebene Miete durch anderweitige Nutzung wieder einzubringen...

Ein genauerer Blick auf die Gestaltung der Universitätsgebäude bemerkt das:

Das Schloss

Nahezu wöchentlich findet im Schloss, dem zentralen Gebäude der Universität, eine werbewirksame Tagung oder Messe statt. Buffets und Sektempfang, zu denen sich das einfache Studierendenvolk bitte nicht verlaufen sollte, denn es gedenkt ja nicht, hier zu investieren.

Übrigens keine neue Praxis: Auf dem Sclößplatz finden seit eh und je Reitturniere oder Bundeswehrgelöbisse statt. Wer mag, kann

ja mal die ASV (Ausländische Studierenden-Vertretung) fragen, wie schwer es ist, diesen Platz für das jährliche ASV-Sommerfest zu bekommen.

Das Fürstenberghaus

Im Verlauf der letzten zwei Jahre sind hier nahezu sämtliche Sitzgelegenheiten wie auch sämtliche Wände, an denen Plakate aufgehängt werden durften, verschwunden. Zusätzlich, das muss leider aus eigener Erfahrung erwähnt werden, sortieren die Fachschaftsvertretungen (bzw. Einzelpersonen aus denselben) auf der verbliebenen Fläche noch die Plakate aus, die ihr nicht genehm sind.

Stattdessen auch hier: Regelmäßige Tagungen und Empfänge, bei denen studentische Plakate wohl eher störend wirken würden.

Die Soziologie (Scharnhorststraße)

Auch hier wurden, wie im Fürstenberghaus, sämtliche Plakatierungs- und Sitzgelegenheiten abgebaut und es wurde schick renoviert. Tagungen und Empfänge sind hier zwar dennoch seltener, denn die Soziologie hat nicht den Ruf, den Schloß oder Fürstenberghaus haben. Schade finden das wohl nur jene, die hier ihren Abschluß oder ihre Karriere machen wollen...

Campus direct

Das ist ganz allgemein zu beobachten: Wo studentische Gruppen oder Initiativen in kaum noch einem Gebäude die Möglichkeit haben, Werbung, Agitation oder Propaganda zu machen, schafft die Firma „Campus Direct“ Abhilfe: Statt Tischen, Stühlen und Blumenkübeln, auf oder an denen Informationen

abgelegt werden könnten, gibt es modern gestaltete Aufsteller, in denen gnädigerweise die MUZ (Münsteraner Universitäts-Zeitung) ausliegen darf, ansonsten ist dort Werbung von Mobiltelefon-Firmen zu finden oder die unsägliche „UNICUM“, eine bundesweit erscheinende Zeitschrift, die mit Studieren ungefähr soviel zu tun hat, wie MTV mit Musik.

Was das studentischen Initiativen nutzt? - Nun, einfach mal bei Campus Direct anrufen und gegen ein sicherlich geringes Entgelt die Flyer auslegen! Ansonsten gilt, was auf jedem dieser Aufsteller steht: „Unerlaubt ausgelegtes Material wird kostenpflichtig entfernt“. Entweder ihr habt die Interhelpo hier gefunden oder ihr werft diesen Ständer einfach um.

Die Baracke

Die Baracke ist für die geschilderte Entwicklung ein besonders schönes Beispiel: Ursprünglich (1997) das Gebäude der Fachschaften Politikwissenschaft, Soziologie und Wirtschaftspolitik, wurde es vollkommen von studentischen Initiativen gestaltet: Es gab und gibt Konzerte, gemeinsames Kochen, politische Diskussionsveranstaltungen (persönliches Gemopper: Letztere zu wenig!) usw. Die Fachschaften gaben die Verwaltungskompetenz an ein „NutzerInnenplenum“ ab, das offen ist und sich jeden Mittwoch um 19.00 Uhr trifft.

Nach der genannten „Enteignung“ 2003 mußte das Baudezernat der Universität jedoch feststellen, daß es für die Baracke, die ihren Namen nicht umsonst trägt, ca. 12.000 Euro Miete pro Jahr berapen musste. Was also lag näher, als die Fachschaften aufzufordern, die Räume zu verlassen und den Mietvertrag mit dem BLB zu kündigen. Trotz Semesterferien (übrigens eine typische Strategie der Universitätsverwaltung, derartige Entscheidungen in den Ferien zu treffen) wurde die Baracke – keineswegs nur von Studierenden – mehrere Wochen besetzt: Ein Widerstand, mit dem das Baudezernat nicht gerechnet hatte. Daß die Uni-Verwaltung allerdings einlenkte und sogar das Barackenplenum anerkannte, lag wohl vielmehr daran, daß sie den Mietvertrag mit dem BLB nicht so einfach kündigen konnte und auch – trotz gegenteiliger Behauptungen – keinerlei anderweitige Nutzungsmöglichkeiten in Aussicht standen.

Die Baracke ist eines der wenigen Beispiele – wenn nicht das einzige – für einen Rückzugsraum, den (nicht nur) Studierende nutzen können. Ansonsten gilt: Außer den Hörsälen, den Bibliotheken und den kommerziellen Einrichtungen des Studentenwerks sind Hochschulen überhaupt nicht für Studierende gedacht. Studierende gelten als Kunden, und die sind zwar Könige, aber nur dort, wo sie konsumieren.

Das Verbot, Stühle auf Flure zu stellen, das Plakatierverbot, auch das gut gemeinte Rauchverbot, das wörtlich gemeinte „Begradigen“ architektonischer Nischen, all das gehört zu einer Modernisierungsstrategie, die uns bekannt vorkommen sollte: Sie wird in Bahnhöfen, Einkaufspassagen, in Fußgängerzonen und ganzen Innenstädten angewandt, um nicht-kaufkräftige Menschen (Obdachlose, Großfamilien, ALG II-EmpfängerInnen...) fernzuhalten.

Seminare wurden mal aufgrund ihrer Größe –oder auch nur aus didaktischen Gründen –in AGs aufgeteilt, die auf den Fluren saßen und diskutierten. So etwas wird heute nicht mehr gerne gesehen.

In der Ideologie der neuen Hochschulpolitik ist der Studierende Kunde, und nicht den Kunden gehört der (Bildungs)Supermarkt, sondern den Anbietern. Wenn Studierende nicht konsumieren, haben sie auf den Fluren der Hochschulen nichts zu suchen. Die Foyers und Flure der Hochschulen werden absichtlich ungemütlich gemacht. Und darauf läuft es hinaus: Es wird ungemütlich – nicht nur architektonisch.

Promotion

Die Freiheit der Wissenschaft

Die Promotion ist ja eigentlich was ganz Tolles - zwei, drei Jahre an einem Thema forschen, dass Du selbst nach Deinem Interesse auswählst und wo Dich keiner mit Abgabeterminen, Arbeitsplänen und anderen Vorgaben etc. nervt. Prima, nur Geld muss man haben.

Also: der/die Glückliche sein und ein Stipendium erwischen, was, wenn man sich statistisch gegenüber rund 10-15 MitbewerberInnen durchsetzt, ein recht unbeschwertes Leben für zwei bis drei Jahre ermöglicht. Oder reiche und geduldige Eltern haben. Oder Lohnarbeit. Vielleicht am Besten an der Uni, wo man unter glücklichen Umständen eine Stelle ergattern könnte, die thematisch passt. Aber Vorsicht: Diese Umstände sind nur unter Umständen als glücklich zu bezeichnen. Was Deine Aufgabe mit einer halben Assi-Stelle von Dir verlangt, ist sicher sehr unterschiedlich, aber der Erfahrung nach kann es leicht sein, dass es deutlich mehr als eine halbe Stelle mit dem entsprechenden Leistungs-

druck ist, und am Ende hast Du ein Forschungsprojekt gemacht, aber keine Doktorarbeit und vielleicht immerhin Material, was eine Doktorarbeit ermöglicht, die aber dann doch deutlich anders als die geplante wäre.

Oder Du arbeitest ganz woanders um zu leben, und schreibst die Doktorarbeit nach Feierabend. Das kann natürlich lange dauern oder dazu führen, dass Deine Freizeitaktivitäten sich arg beschränken, und dass Deine informellen fachlichen Kontakte, mit KollegInnen, die etwas ähnliches machen, ziemlich fehlen. Solch wissenschaftliches Einsiedlerdasein ist aber gerade dann ein Problem, wenn die BetreuerInnen an der Uni nicht gerade viel Zeit für Dich verwenden, oder Du dich in Sphären begibst, wo diese selbst keine Ahnung mehr haben (aber vielleicht noch Vorschriften machen wollen, was Du da rein schreibst...). Wenn schon in der Praxis längst nicht immer das Stipendium bis zum Promotionsabschluss reicht, ist es in den anderen Fällen noch deutlich wahrscheinlicher, dass das Projekt irgendwann versandet.

Also: Promotion kann zu Einsamkeit, Armut, Verzweiflung und Abhängigkeit vom Wohlwollen Deiner Doktoreltern führen. Fragen Sie Ihren Prof oder Studienberater und beachten Sie Ihr Ablaufdatum, falls Sie noch auf eine Karriere in der „freien“ (haha...) Wirtschaft denken.

Anzeige



10 Jahre Gruppe B.A.S.T.A.
FIESTA INTERGALACTICA
21. / 22. Mai 2005 Münster
www.gruppe-basta.de
EZLN

Privatisierung der Wissenschaft - es geht weiter...

ProfessorInnen als ManagerInnen und die „lästige“ akademische Selbstverwaltung

Bereits seit Jahren kommen Forschungsprojekte an der Uni fast nie ohne externe Geldgeber aus, seien es Stiftungen, der Staat oder private Unternehmen. Dass diese externen Geldgeber Einfluss darauf nehmen, was und in welche Richtung geforscht wird (und auch in welche nicht, weil es niemand bezahlen will...), ist schon oft diskutiert worden.

Dass Forschungsprogramme längst auch in den ehemals zumindest vermutlich auch so kritischen Sozial- und Geisteswissenschaften oft vor allem auf wirtschaftliche Nutzbarkeit der Ergebnisse hin konzipiert werden, liegt ebenfalls auf der Hand. Dass sich Haushalts-Mittel für einen Lehrstuhl zumindest teilweise danach bemessen, wie viel sog. Drittmittel ProfessorInnen anwerben, (und somit sich die öffentlichen Mittel sozusagen ebenfalls nach dem ökonomischen Verwertbarkeitskriterium, das damit stillschweigend dem ideellen gesamtgesellschaftlichen Interesse, dem öffentliche Mittel dienen sollten, gleichgesetzt wird), ist auch ein längst bekanntes Symptom neoliberaler Logik der Hochschulreform.

Aber wir erleben schon den nächsten Schritt der Privatisierung der Uni, der zur Zeit immer häufiger gegangen wird: Man gründet An-Institute, d.h. private Unternehmen, die Forschungsaufträge

einwerben und an einen Lehrstuhl angebunden sind. Dass heißt umgekehrt, dass Institut und Uni für die Forschung noch ihren Namen hergeben, die ProfessorInnen ihre Forschungsprojekte in ihren Privatunternehmen durchführen, und außerhalb dessen an der Uni praktisch nur noch ihre Lehrtätigkeit haben. Warum das? Dafür gibt es ganz praktische Gründe: Zwar hat man inzwischen für die Ausstattung von Instituten und Lehrstühlen das sog. Leistungsprinzip eingeführt, etwa in Form der drittmittelgebundenen Vergabe von uni-eigenen (staatlichen) Mitteln, und die Universitäten haben mehr finanzielle „Autonomie“, aber im Prinzip funktionieren sie immer noch bis in die Knochen bürokratisch: Man kann als Prof. z.B. nicht einfach jemandem kurzfristig einen Arbeitsvertrag geben. Das heißt, Du kannst zwar vielleicht morgen anfangen zu arbeiten, aber Vertrag und Geld gibt's erst in ein paar Monaten, wenn das mal alles gründlich geprüft ist. Außerdem müssen

Haushaltsjahre, Kostenstellen und sonst was eingehalten werden. In der Praxis wird natürlich im Zweifelsfall oft improvisiert, die Verwaltung schaut ja danach, ob es korrekt aussieht, und nicht, ob es mit der Realität übereinstimmt. Für Ottilie Normalstudii, die sich als Hilfskraft einige Euros für die Studiengebühren verdient und Uni-Erfahrung sammelt, kann so eine Firma also durchaus ihre Vorzüge haben. Für Profs auch: Mit so einer Firma kann man kurzfristiger nach Bedarf wirtschaften und spart sich irrwitzige bürokratische Prozeduren, ist aber auch verstärkt unabhängig von KollegInnen im Institut und kann sich so allerlei sozialer Kontrolle entziehen. Mit so einer Firma kann man natürlich auch Geld machen.

Freilich sind mehrere Nachteile denkbar: einer könnte sein, dass viele ProfessorInnen nur noch das nötigste für die Uni und alles andere privat und unabhängig machen, etwa kostenpflichtige Fortbil-

dungsprogramme, anstatt sich mit akademischer Selbstverwaltung aufzuhalten. Ein anderer Aspekt ist natürlich die Gestaltungsfreiheit in den Arbeitsbeziehungen, etwa das mögliche Unterlaufen tarifvertraglicher Löhne: Löhne müssen ja nicht nach den Tarifen des öffentlichen Dienstes bezahlt werden. Ob sich das in der Praxis negativ auswirkt, muss sich noch zeigen, zumal es für Hilfskräfte sowieso keine Tarifverträge gibt, sondern nur Standardtarife, die eine Hochschule einheitlich zahlt. Einen Tarifvertrag, Lohnerhöhungen etc. allgemeinverbindlich durchzusetzen, wäre natürlich umso schwieriger, wenn Dutzende kleiner Firmen Hilfskräfte beschäftigen anstatt der eigentlichen Uni.

Abgesehen davon: Auch ohne die formal-rechtliche Privatisierung sind die möglichen Nachteile längst mehr oder weniger Realität. Hier drückt sich langsam in Strukturen aus, was längst Praxis ist - die fortschreitende Privatisierung der Wissenschaft: ProfessorInnen als ManagerInnen, die akademische Selbstverwaltung nur noch als lästiges Anhängsel, der Staat als Dienstleister für den Markt und der Mitarbeiter als Freelancer, bezahlt und angestellt nach Werkvertrag und Auftragslage.

Fiesta Intergalactica

10 Jahre Gruppe B.A.S.T.A.

In einer Zeit, in der viele von uns vergessen hatten, WOFÜR wir kämpfen und uns nur noch einfiel, WOGEGEN, hat der zapatistische Aufstand eine alte Hoffnung wiederbelebt. Die Hoffnung auf eine gerechte und solidarische Welt.

Die Zapatistas haben uns neue Wege zu Kämpfen aufgezeigt und sie haben uns Mut gemacht, die Geschichte, die Gegenwart und die Zukunft in die eigenen Hände zu nehmen. Unsere Geschichte als Gruppe B.A.S.T.A. dauert nun schon zehn Jahre.

DAS WOLLEN WIR FEIERN!
– Aber nicht allein.

Bringt eure rebellische Fröhlichkeit mit und laßt es gemeinsam mit uns krachen!

Das Fest beginnt am *Samstag*, den 21.5.2005 um 16 Uhr.
Am *Sonntag*, den 22.5.2005 findet ab 12 Uhr ein Brunch statt.

Ort: *Baracke, Scharnhorststraße 100, Münster (Westfalen)*
Wenn Ihr Schlafplätze braucht, meldet euch bitte vorher an: gruppeBASTA@gmx.de

Eine Wegbeschreibung findet ihr auf unserer Homepage:
www.gruppe-basta.de

menschdumping.de

Jetzt online: Arbeitskraft als Billigware

Neuerdings kann mensch im Internet seine Arbeitskraft versteigern, oder durch „Unterbietung“ des „Maximallohns“ einen Arbeitsplatz, kostengünstig ersteigern. Immer mehr Internetseiten mit vielversprechenden Namen, wie: „letswork.de“, „Jobdeutschland.de“ oder „untertool.de“ bieten diesen zweifelhaften Service an. Den treffendsten Namen trägt allerdings „jobdumping.de“. „Dumping“ stammt aus dem Englischen und bedeutet Warenverkauf unter Marktwert- und das trifft den Kern des Ganzen ja schon recht gut. „jobdumping.de“ ist der Vorreiter auf diesen neuen Auswuchs des Arbeitsmarktes in unserer kapitalistischen Marktwirtschaft.

Das Prinzip dahinter hat sich ein gewisser Fabian Löw einfallen lassen. Eben Genannter studiert hier in Münster Sozialarbeit an der KFH. Nach eigenen Angaben soll diese neue Art der „Jobvermittlung“ die Grundgedanken von e-bay und der Studentenjobbörse enthalten. So einfach sich das im Grunde anhört, so kompliziert entpuppt es sich auf der Internetseite selber. Hier kann man frei wählen: Sucht man eine Arbeit? Einen Auftrag oder eine Festeinstellung? Möchte man vielleicht am großen und entscheidenden „Qualification-catching“ teilnehmen? Schnell hat man die Übersicht verloren und lange dauert es, sie wieder zu erlangen. Viele Möglichkeiten stellen sich hier dem Arbeitssuchenden, seine Arbeitskraft unter Wert los zu werden.

So bezeichnet unser lieber Herr Löw sein Werk auch offen als arbeitgeberfreundlich, schließlich wird sein Projekt ja auch durch die Gebühren, welche Selbige für ihre Anzeigen zahlen müssen, finanziert. Dass es hier keine Kontrollinstanzen über die Einhaltung von Tarif- und Arbeitsrecht gibt, stört Löw wenig, denn gäbe es solche Kontrollen, wäre er wohl nicht mehr unternehmerfreundlich. Außerdem ist das ja sowieso Sache der Behörden, so das Argument von Andreas Löw.

Auch dem Vorwurf, auf diese Weise die Notlage Arbeitssuchender auszunutzen, scheint Löw gewachsen zu sein. Schließlich seien diese Angebote als Chancen zu verstehen und in Zukunft - darauf sollte man sich wenn man klug ist heute schon einstellen - könne man so oder so davon ausgehen, neben dem Haupt-

beruf noch den ein oder anderen Nebenjob nachgehen zu müssen, um sein Lebensunterhalt zu erwirtschaften.

Ganz bestimmt wird man das müssen, wenn es heute schon als Chance angesehen wird für ca. 1/3 des marktüblichen Preises den Buckel krumm machen zu dürfen. Aber auch das zählt bei Andreas Löw nicht als Ge-

genargument, schließlich ist er ja ein Liberaler, und so vertritt er die Ansicht, dass nur durch sinkende Löhne mehr Arbeitsplätze entstehen werden. Diese Denkweise hat schon in den 20er Jahren des letzten Jahrhunderts in eine Weltwirtschaftskrise geführt. Des weiteren wissen wir ja, wem wir unter anderem für das neu entstandene Niedriglohnjobwunder danken können. In diesem Zusammenhang möchte ich aber das IFO-Institut nicht unbedacht lassen. Schließlich haben die hochgelehrten Herrschaften dieses renommierten Instituts in jüngster Zeit nicht nur mit der Forderung, die 1-€-Jobs zugunsten der 0-€-Jobs abzuschaffen für Schlagzeilen gesorgt (Westfälische Nachrichten). Jüngst lobte Herr Professor Werner (Un)Sinn das En-



Schon mal bei menshdumping.de reingeschaut?

gagement des Herrn Löw im besonderen, weil solche privatwirtschaftlichen Modelle den Arbeitsmarkt angeblich schneller beleben, als die Bundesagentur für Arbeit dies zu tun in der Lage ist (was ja nicht sonderlich viel über den Erfolg von Löws Konzept aussagt...).

Aus ganz anderer Sicht, wenn auch wenig reflektiert, wurde dieses Thema von der Boulevardpresse aufgegriffen: „Das gibt's wirklich: Freie Wahl bei günstigen Handwerkern!“ (Bild) Jobdumping.de, neben allen anderen Vorteilen, also auch noch Verbraucherfreundlich?

Restaurant Alzira zahlt Löhne nicht aus

Geschäftspraktiken
im Gastgewerbe

Das „Alzira“ am Hansaring ist seit Dezember 2004 in der Zahlung der Löhne für das im Restaurant arbeitende Aushilfspersonal säumig. Bereits für den Dezember 2004 wurden einem unserer Mitglieder ohne weitere Erläuterung oder Begründung wochenlang keine Schicht zugeteilt. Und bereits damals mussten wir als FAU-IAA aktiv werden um die gesetzlich garantierten mind. 10h/Woche in Arbeitsverhältnissen auf Abruf zusammen mit unserem Mitglied einzufordern. Dadurch wurde zwar die Mindeststundenzahl sehr schnell durchgesetzt, allerdings erhielt unser Mitglied daraufhin nicht nur seine Kündigung, sondern auch keinen Lohn! Nur auf verstärktes und mehrfaches Drängen unsererseits erklärte sich die Geschäftsführung des „Alzira“ (Hr. Manuel de las Casas/Club3 GmbH) unserem Mitglied gegenüber zahlungsunfähig (was ihn Gerüchten zufolge nicht daran gehindert haben soll, sich seinen eigenen Lohn stets pünktlich ausgezahlt zu haben). Als die Zusagen, sich schnellst möglich um die Gelegenheit zu kümmern und auch vereinbarte Termine zur Barauszahlung nicht eingehalten wurden, sahen wir, nach dem das Restaurant Ende März seine Türen für immer geschlossen hatte, keine andere Möglichkeit, als den ausstehenden Lohn gerichtlich einzufordern. Wir wollen an dieser Stelle noch einmal nachdrücklich gegen derartige Geschäftspraktiken und die im Allgemeinen prekäre Situation der Beschäftigten im Gastgewerbe protestieren! Lassen wir uns unsere Würde nicht nehmen, sondern kämpfen wir für sie! Für eine selbstverwaltete, libertäre, kämpferische und revolutionäre Gewerkschaft!



22.04. | agenda 2010

15 - 17.00 Uhr, *Bispinghof* | Ag u.a. über die Hintergründe von Hartz IV im Rahmen des Kongresses „Bildung unter'm Hammer“

22.04. | bildet studiengruppen!

18 - 20.00 Uhr, *Bispinghof* | Ag mit der Thematik Selbstorganisierte Seminare, Studiengruppen im Rahmen des Kongresses „Bildung unter'm Hammer“

01.05. | „der längere atem“

18.00 Uhr, *Cinema* | Traditionell zum 1.Mai: Die Koopertaion von FAU und Die Linse. Diesmal aus aktuellem Anlaß zum Thema Wiederbewaffnung der BRD.

03.05. | cinema libertaire

20.00 Uhr, *Emma-Goldman-Zentrum, Dahlweg 64* | „Rudolf Rocker“
Dokumentarfilm über einen der berühmtesten Anarchosyndikalisten Deutschlands

08.05. | erwerbslosenbrunch

12.30 Uhr *UWZ, Scharnhorststr. 57* | Planung von Aktionen zu Hartz IV, insbesondere Kampagne gegen Ein-Euro-Jobs

19.05. | aktionstag gegen 1 -Euro Jobs

Mehr Informationen demnächst unter www.fau.org/ortsgruppen/muenster

22.05. | erwerbslosenbrunch

12.30 Uhr *UWZ, Scharnhorststr. 57* | Schnacken, klönen, Erfahrungen austauschen und gegenseitig helfen

Termine